

R W L

Verwaltungs- und Beteiligung- AG

Bremen

WKN 778630

G e s c h ä f t s b e r i c h t 2003

Inhalt

	Seite
• Einberufung der Hauptversammlung Tagesordnung	3 - 4
• Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003	5 - 11
• Lagebericht für das Geschäftsjahr 2003	12
• Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2003	13



RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG

Bremen

WKN 778630

Einberufung zur Hauptversammlung

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am
Dienstag, dem 20. Juli 2004, 11.00 Uhr,
im Sorat Hotel Spree-Bogen, Alt-Moabit 99, 10559 Berlin
stattfindenden Hauptversammlung ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage** des festgestellten Jahresabschlusses der RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG zum 31.12.2003 nebst Lagebericht und dem Bericht des Aufsichtsrats.

2. Bericht des Vorstandes zum abgelaufenen Geschäftsjahr.

3. **Entlastung** des Vorstands für das Geschäftsjahr 2003.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand Entlastung für das Geschäftsjahr 2003 zu erteilen.

4. **Entlastung** des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2003.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats Entlastung für das Geschäftsjahr 2003 zu erteilen.

5. **Wahl des Abschlussprüfers** für das Geschäftsjahr 2004 .

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die WK Wirtschaftsberatung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft Kaiserslautern, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 zu bestellen.

6. **Verschiedenes**

Vorstand und Aufsichtsrat haben hierzu keine Vorschläge.



Teilnahme an der Hauptversammlung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 5. Werktag vor dem Versammlungstag, wobei der Samstag nicht als Werktag gilt, also bis zum 13. Juli 2004, während der üblichen Geschäftsstunden bei der Gesellschaft (z.Hd. BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Kleiststraße 23 – 26, 10787 Berlin) oder der nachstehend genannten Hinterlegungsstelle hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei Kreditinstituten bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden. Sofern die Kreditinstitute am 5. Werktag vor dem Versammlungstag geschlossen haben, ist der Stichtag der letzte diesem Tag vorangehende Arbeitstag der Kreditinstitute.

Hinterlegungsstelle ist die Deutsche Bank mit allen ihren Niederlassungen.

Darüber hinaus kann die Hinterlegung bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Fall ist die Bescheinigung hierüber spätestens am Tag nach dem Ablauf der Hinterlegungsfrist (14. Juli 2004) bei der Gesellschaft einzureichen.

Von der Hinterlegungsstelle werden gegen Hinterlegung der Aktien Eintrittskarten ausgestellt, die zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigen.

Fragen auf der Hauptversammlung

Aktionäre, die auf der Hauptversammlung Fragen stellen möchten, werden gebeten, uns die Fragen möglichst vor der Hauptversammlung schriftlich per Adresse BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Kleiststraße 23 – 26, 10787 Berlin, mitzuteilen. Die Fragen können dann eingehend bearbeitet und beantwortet werden.

Bevollmächtigung

Das Stimmrecht kann auch durch einen Bevollmächtigten oder durch eine Vereinigung von Aktionären ausgeübt werden.

Der Vorstand



BILANZ zum 31. Dezember 2003

RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG, Bremen

AKTIVA	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	243.192,30		58.911,60
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>0,00</u>		<u>640,70</u>
		243.192,30	59.552,30
B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		106.808,96	81.996,36
		<u> </u>	<u> </u>
		350.001,26	141.548,66
		<u> </u>	<u> </u>

Bilanz zum 31. Dezember 2003

RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG, Bremen

PASSIVA	Geschäftsjahr		Vorjahr
	Euro	Euro	Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		2.607.588,59	2.607.588,59
II. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage		260.758,86	260.758,86
III. Bilanzverlust		2.975.156,41-	2.950.343,81-
nicht gedeckter Fehlbetrag		106.808,96	81.996,36
		<hr/>	<hr/>
buchmäßiges Eigenkapital		0,00	0,00
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		6.000,00	37.800,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	234.767,66		10.612,30
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
Euro 234.767,66			
(Euro 10.612,30)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.424,64		0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
Euro 2.424,64 (Euro 0,00)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit Rangrücktritt	106.808,96		81.996,36
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
Euro 106.808,96			
(Euro 81.996,36)			
4. sonstige Verbindlichkeiten	—		<u>11.140,00</u>
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
Euro 0,00			
(Euro 11.140,00)			
		<hr/>	<hr/>
		344.001,26	103.748,66
		<hr/>	<hr/>
		350.001,26	141.548,66
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Gewinn und Verlustrechnung vom 01.01.2003 bis 31.12.2003

RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG, Bremen

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. sonstige betriebliche Erträge	610,58	10.161,93
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.320,00	14.880,00
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	16.196,25	79.426,11
4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.747,95	10.391,11
- davon aus verbundenen Unternehmen Euro 12.747,95 (Euro 10.391,11)		
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>17.252,00</u>	<u>8.243,29</u>
- davon an verbundene Unternehmen Euro 3.279,85 (Euro 0,00)		
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.409,72-	81.996,36-
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.402,88	0,00
8. Jahresfehlbetrag	24.812,60	81.996,36
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	2.950.343,81	2.868.347,45
10. Bilanzverlust	<u>2.975.156,41</u>	<u>2.950.343,81</u>

ANHANG

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2003 der RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB gilt die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft.

II. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung einschließlich der Vornahme steuerrechtlicher Maßnahmen

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der RWL Verwaltungs- und Beteiligung - AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet und mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zum Eigenkapital

In dem Bilanzverlust ist ein Verlustvortrag von EUR 2.950.343,81 enthalten.

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Der Posten sonstige Rückstellungen enthält die Rückstellung für Abschluß und Prüfung des Geschäftsjahres 2003.

Angaben und Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Erträgen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung für Rückstellungen enthalten.



Angaben und Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen

Im Posten sonstige betriebliche Aufwendungen sind im wesentlichen die Kosten für die Hauptversammlung, Rechts- und Beratungskosten sowie die Abschluss- und Prüfungskosten enthalten.

Daneben sind in diesem Posten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von Euro 224,46 enthalten, die den IHK-Beitrag 2001 betreffen.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag dieser Verpflichtungen beläuft sich auf EUR 154.249,23.

Mit der Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH wurde bis zum 31.12.2001 ein Ertragszuschuß in Höhe von DM 235.812,92 (Euro 120.569,23) vereinbart und mit einer Besserungsabrede versehen. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG, Bremen, ist nach dieser Ertragszuschußvereinbarung verpflichtet, den Ertragszuschuß von Euro 120.569,23 nebst Zinsen von 5 % p.a. auf schriftliche Anforderung zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Mit der BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit Wirkung ab dem 01. April 2003 geschlossen. Aus diesem Vertrag besteht zum Bilanzstichtag eine Verbindlichkeit in Höhe von EUR 15.000,00. Mit der BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2003 ein Forderungsverzicht mit Besserungsabrede vereinbart. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG ist nach dieser Forderungsverzichtsvereinbarung verpflichtet, die Geschäftsbesorgungsvergütung in Höhe von EUR 15.000,00 zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Der Aufsichtsrat hat im Rahmen eines Forderungsverzichts mit Besserungsabrede auf seine satzungsmäßige Vergütung für das Geschäftsjahr 2003 in Höhe von EUR 9.000,00 verzichtet. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG ist nach dieser Forderungsverzichtsvereinbarung verpflichtet, die Aufsichtsratsvergütung in Höhe von EUR 9.000,00 zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Der Vorstand hat für das Geschäftsjahr 2003 im Rahmen eines Forderungsverzichts mit Besserungsabrede auf seine vertraglich vorgeschriebene Vergütung für seine Vorstandstätigkeit für den Zeitraum März bis Dezember in Höhe von EUR 9.680,00 verzichtet. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG ist nach dieser Forderungsverzichtsvereinbarung verpflichtet, die Vorstandsvergütung in Höhe von EUR 9.680,00 auf schriftliche Anforderung auszuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquiditätsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Zur Abwendung der insolvenzrechtlichen Überschuldung der Gesellschaft zum 31.12.2003 hat die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH bezüglich zweier Darlehen aus 2002 und 2003 in Höhe von insgesamt maximal Euro 150.000,00 (Ausweis zum 31.12.2003 Euro 106.808,96) einen Rangrücktritt auch im Falle der Insolvenz der Gesellschaft in voller Höhe erklärt. Danach tritt die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH mit ihrer Forderung unwiderruflich hinter sämtliche Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger zurück, solange und soweit die RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG überschuldet ist. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, das Darlehen zurückzuzahlen, sobald die Überschuldung beseitigt ist.

IV. Sonstige Pflichtangaben

Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates

Einziges **Vorstand** des Unternehmens im Geschäftsjahr war Herr Ulrich Bühne, Dipl.-Betriebswirt, Berlin.

Dem **Aufsichtsrat** gehörten folgende Personen an :

Herr Dr. Rüdiger Leykam, Rechtsanwalt und Notar, Bremen, Vorsitzender
Herr Hans-Jörg Simon, Dipl.-Volkswirt, Bergisch-Gladbach, stellvertretender Vorsitzender
Herr Johannes Beelen, Dipl.-Kaufmann, Solingen

Die folgenden Mitglieder des Aufsichtsrates sind in weiteren Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG vertreten:

Herr Simon:
Mitglied Verwaltungsrat der Indexa Inmobiliaria S.A., Madrid (seit 11.11.2003)

Herr Beelen:
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Böwe System AG, Augsburg
Vorsitzender des Beirats der Jaguar Stahlwarenfabrik GmbH & Co. KG, Solingen
Mitglied Board of Directors Arcos Hermanos S.A., Albacete, Spanien
Mitglied des Beirats der M.H. Wilkens, Bremen

Angaben über die Gattung von Aktien

Das Grundkapital der Gesellschaft lautet auf Euro 2.607.588,59 und ist eingeteilt in 102.000 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber.



Satzungsänderung

Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 29.08.2002 ist die Satzung insgesamt neu gefaßt.

Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 29.08.2007 um bis zu Euro 1.303.794 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bisher wurde von dieser Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Angabe über das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft, die nach § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG i.V.m. § 22 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 2 AktG der Gesellschaft mitgeteilt worden ist

Die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Essen, hat gemäß § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG am 01.04.2002 mitgeteilt, daß ihr die Mehrheit der Stimmrechte an der Gesellschaft gehören.

Gleichzeitig hat sie mitgeteilt, daß Frau Brita Gerling-Koehne und Herrn Dr. Dr. h.c. Rainer Koehne, Mülheim an der Ruhr, die zu je 50 % an der Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH beteiligt sind, ebenfalls die Mehrheit der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG zustehen. Diese Stimmrechte werden ihnen gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 3 WpHG zugerechnet.

Die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Essen, hält insgesamt 81,61 % der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligung-AG.

Vergütungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Als Vergütung für die geleisteten Tätigkeiten des Vorstands im Berichtsjahr wurden Euro 2.320,00 gewährt.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurde für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung gewährt, da diese auf ihre Vergütung verzichtet haben.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres waren im Unternehmen keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft hat am 05.03.2004 die nach § 161 AktG geforderte Erklärung zur Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Bremen, 18.05.2004

Ulrich Bühne
- Vorstand -

RWL Verwaltungs- und Beteiligung - AG

Lagebericht zum 31. Dezember 2003

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die für das Geschäftsjahr 2003 angestrebte Umsetzung der gemäß Gesellschaftszweck geplanten strategischen Neuausrichtung war trotz intensiver Bemühungen aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Umfeldes bisher nicht zu verwirklichen. Die Liquidität der Gesellschaft ist vorläufig sichergestellt, die insolvenzrechtliche Überschuldung wird im Wege eines Darlehens mit Rangrücktrittserklärung zum 31. Dezember 2003 durch den Mehrheitsgesellschafter, Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Essen, ausgeglichen.

Der Vorstand hat folgende Schlusserklärung gemäß § 312 AktG abgegeben:

Die Gesellschaft hat nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen sind weder getroffen noch unterlassen worden.

Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet. Das nächstliegende Ziel der Gesellschaft ist die Aufbringung des notwendigen Gesellschaftskapitals. Es ist beabsichtigt, diese Maßnahme dann in Gang zu setzen, wenn und sobald dies aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten für vertretbar gehalten wird. Die Rückstellungen entsprechen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung und sind nach dem heutigen Kenntnisstand ausreichend bemessen.

Solange der Gesellschaft kein neues Kapital zugeführt wird, hängt die weitere Existenz der Gesellschaft davon ab, dass Ihre laufenden Kosten von außenstehenden Personen getragen werden.

Berlin, im März 2004

Ulrich Bühne
- Vorstand -

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG

Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2003

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr entsprechend seinen gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Es haben vier Sitzungen stattgefunden, in denen sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Lage der Gesellschaft hat unterrichten lassen. Gegenstand der Berichterstattung des Vorstands waren insbesondere die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft sowie die Vermögens- und Finanzlage. Auch über die kontinuierliche Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes hat der Aufsichtsrat sich laufend berichten lassen. Ausschüsse des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr 2003 wegen noch nicht vorhandener Geschäftstätigkeit nicht gebildet worden.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2003 aufgestellte Jahresabschluss der Gesellschaft sowie der Lagebericht zum 31.12.2003 sind unter Einbeziehung der Buchführung durch den in der Hauptversammlung am 29.08.2003 gewählten Abschlussprüfer, die WK Wirtschaftsberatung GmbH – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft - Kaiserslautern, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat keine Einwendungen erhoben und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Jahresabschluss, Lagebericht des Vorstands und Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden in Anwesenheit des Abschlussprüfers eingehend besprochen. Der Aufsichtsrat erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen und schließt sich dem Ergebnis des Abschlussprüfers an. In seiner Sitzung am 14. Juni 2004 hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2003 gebilligt. Er ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat außerdem der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2003 vorgelegen. Der Bericht ist ebenfalls vom Abschlussprüfer geprüft und mit dem folgenden Bestätigungsvermerk versehen worden:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Er stimmt ihm zu, ebenso dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2003.

Mülheim, im Juni 2004

Für den Aufsichtsrat
Dr. Leykam
Vorsitzender